

Schriftenreihe des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

RESEARCH

Heiko Biehl · Harald Schoen *Hrsg.*

Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger

Theorien, Methoden, Befunde

 Springer VS

**Schriftenreihe des Zentrums für
Militär-geschichte und Sozialwissen-
schaften der Bundeswehr**

Band 15

Heiko Biehl • Harald Schoen (Hrsg.)

Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Urteil der Bürger

Theorien, Methoden, Befunde

Herausgeber

Heiko Biehl

Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
(ZMSBw)

Potsdam, Deutschland

Harald Schoen

Universität Mannheim
Deutschland

Schriftenreihe des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

ISBN 978-3-658-08607-7

ISBN 978-3-658-08608-4 (eBook)

DOI 10.1007/978-3-658-08608-4

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2015

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer Fachmedien Wiesbaden ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media (www.springer.com)

Inhalt

Vorwort	7
----------------------	---

I Theoretische Zugänge

Gradmesser der zivil-militärischen Beziehungen. Der Beitrag von Umfragen und Einstellungsforschung zur Militärsoziologie <i>Gerhard Kümmel und Heiko Biehl</i>	13
Außen- und Sicherheitspolitik aus Sicht der Bürger. Theoretische Perspektiven und ein Überblick über den Forschungsstand <i>Fabian Endres, Harald Schoen und Hans Rattinger</i>	39

II Empirische Befunde

Grundhaltungen zur Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland <i>Matthias Mader</i>	69
Determinanten der Bevölkerungseinstellungen zum Afghanistaneinsatz. Prädispositionen, Erfolgswahrnehmungen und die moderierende Wirkung individueller Mediennutzung <i>Matthias Mader und Rüdiger Fiebig</i>	97
Mehr als ein Thema für Spezialisten? Der Afghanistaneinsatz der Bundeswehr und das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 <i>Jana Pötzschke, Hans Rattinger und Harald Schoen</i>	123

Frame-Selektion und sicherheitspolitische Meinungsbildung <i>Mathias Bär</i>	147
Die mediale Darstellung der Bundeswehr. Analyse von Einflüssen auf die öffentliche Wahrnehmung und Bewertung der Streitkräfte <i>Meike Wanner</i>	179
Parteien als Vertreter außen- und sicherheitspolitischer Bevölkerungseinstellungen? Responsivität politischer Parteien in einem gouvernemental geprägten Politikfeld <i>Benjamin Höhne</i>	207
Support Our Troops!? Unterstützung und Ablehnung von Streitkräften im europäischen Vergleich <i>Heiko Biehl</i>	237
Eine Bedrohung für die Partnerschaft? Bedrohungswahrnehmungen und Länderimages im deutsch-amerikanischen Verhältnis <i>Corina Wagner, Jana Pötzschke und Hans Rattinger</i>	263
 III Methodische Aspekte	
Praktische Herausforderungen der Datenerhebung <i>Armgard Zindler und Alexandra Pohl</i>	295
Meinung oder Methodenartefakt? Zum Einfluss der Antwortskalierung bei der Messung sicherheitspolitischer Einstellungen <i>Chariklia Höfig</i>	323
Autorenverzeichnis	349

Vorwort

Als Armee in der Demokratie muss sich die Bundeswehr aktiv um die Einbindung in die Gesellschaft bemühen. Die Konzeption der Inneren Führung formuliert diesen normativen Anspruch explizit, wenn in der einschlägigen Dienstvorschrift das Ziel ausgegeben wird, „die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu erhalten und zu fördern, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen sowie die Soldatinnen und Soldaten aktiv in die durch ständigen Wandel geprägten Streitkräfte einzubeziehen“. Das noch unverändert gültige Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr aus dem Jahr 2006 sah dieses Ziel als erreicht an und hielt entsprechend fest: „Gerade auf ihrer engen und bewährten Verankerung in der deutschen Gesellschaft beruht die Stärke der Bundeswehr.“ In der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit sind jedoch vermehrt Stimmen zu vernehmen, die ein kritischeres Bild zeichnen. Die Formulierung des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler vom „freundlichen Desinteresse“ der Deutschen an der Sicherheitspolitik und ihren Streitkräften ist zu einem geflügelten Wort geworden und hat die Debatte nachdrücklich geprägt. Das Ende der Wehrpflicht nährt Befürchtungen, dass sich Gesellschaft und Streitkräfte auseinander entwickeln. Im Zusammenspiel mit der Reduzierung der Bundeswehr, der Schließung von Liegenschaften und Standorten sowie den Einsätzen in internationalen Missionen fernab der Heimat könne sich eine Lücke zwischen der zivilen und militärischen Erfahrungs- und Lebenswelt auftun. Eine solche Entwicklung stünde nicht nur dem Integrationsgebot der Inneren Führung entgegen. Sie ginge auch mit gesellschaftlichen Reputationseinbußen und Legitimationsverlusten deutscher Streitkräfte und der deutschen Sicherheitspolitik einher.

Mit dem vorliegenden Sammelband leistet das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Kooperation mit den Universitäten in Bamberg und Mannheim einen eigenständigen und originären Beitrag zu dieser Debatte. Auf der Basis von Bevölkerungsbefragungen werden die zivil-militärischen Beziehungen in Deutschland beleuchtet und die Strukturen und Determinanten von Einstellungen zur Sicherheitspolitik und zu den Streitkräften analysiert. Aufsätze zur politikwissenschaftlichen und militärsoziologischen Einordnung der Befunde sowie

Beiträge zu den methodischen Standards sozioempirischer Erhebungen runden den Sammelband ab. Eine wesentliche Grundlage der Analysen bilden die Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw. Seit 1996 wird jährlich durch das ZMSBw (bis 2012 durch das vormalige Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr – SOWI), das Meinungsbild der deutschen Bevölkerung zu sicherheitspolitischen Fragen, zur Bundeswehr, zu militärischen Aufgaben und Einsätzen erfasst. Die zutage tretenden Meinungsbilder, Einstellungen und Präferenzen werden regelmäßig in Forschungsberichten dokumentiert, die auch über unsere Homepage (zmsbw.de) als Download zur Verfügung stehen. In der vorliegenden Schrift geht es nun darum, die erhobenen Daten verstärkt in den sozialwissenschaftlichen Diskurs einzubetten und mittels elaborierter statistischer Verfahren zu analysieren. Damit steht dieser Band paradigmatisch für die Fortentwicklung der Sozialwissenschaften im ZMSBw: Die militärsoziologische Forschung steht mit ihrer Expertise weiterhin der Bundeswehr als Ansprechpartner zur Verfügung, sie bringt sich unverändert in den öffentlichen Diskurs über die Streitkräfte ein und wird sich künftig noch stärker als bislang in sozialwissenschaftlichen Debatten engagieren.

Die Vorbereitungen für den vorliegenden Sammelband sind noch am SOWI begonnen worden. Mein Dank für das Zustandekommen des Sammelbandes gilt in diesem Zusammenhang Herrn Dr. Thomas Bulmahn, der als langjähriger Projektleiter die Vorbereitung, Durchführung, Auswertung und Berichterstattung der Bevölkerungsbefragungen verantwortet und für die erforderliche Qualität und Kontinuität der Erhebungen gesorgt hat. Ihm ist es maßgeblich zu verdanken, dass mittlerweile ein umfassender Bestand an Daten zur Verfügung steht, aus dem die Autorinnen und Autoren dieses Bandes schöpfen können. Aufgrund seiner neuen Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung war es ihm nicht möglich, den Sammelband zu finalisieren. Herr Prof. Dr. Harald Schoen und Herr Dr. Heiko Biehl haben die Herausgeberschaft übernommen und für die Fertigstellung des Werkes gesorgt. Mein Dank gilt ferner den Autorinnen und Autoren aus dem ZMSBw sowie aus den externen Forschungseinrichtungen, die ihre wissenschaftliche Kompetenz eingebracht haben. Dank gebührt nicht zuletzt den Angehörigen der Schriftleitung, namentlich unserem Lektor, Herrn Edgar Naumann, den Verantwortlichen für das Mediendesign, Herrn Bernd Nogli, Frau Carola Klinke, Frau Christine Mauersberger und Frau Yvonn Mechtel, die mit der Fertigstellung des Bandes neue Erfahrungswerte im Umgang mit sozialwissenschaftlichen Werken und ihren Spezifika gewinnen konnten.

Das vorliegende Buch vereint profunde Analysen zum sicherheitspolitischen Meinungsbild der deutschen Bevölkerung und ihrer Haltung zur Bundeswehr. Ich bin mir sicher, dass es wichtige Hinweise für die weitere Entwicklung der Freiwilligenarmee Bundeswehr, zu ihrer Position in der Gesellschaft und zum Integrationsgebot der Inneren Führung bieten kann und in der Öffentlichkeit und mehr noch in der Wissenschaft auf entsprechende Resonanz stoßen wird.

Dr. Hans-Hubertus Mack
Oberst und Kommandeur des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

I Theoretische Zugänge

Gradmesser der zivil-militärischen Beziehungen. Der Beitrag von Umfragen und Einstellungsforschung zur Militärsoziologie

Gerhard Kümmel und Heiko Biehl

1 Einleitung

An der Militärsoziologie wird gerne herumgekrittelt – nicht zuletzt von Vertretern der Disziplin selbst (Lippert/Wachtler 1982; Lippert 1995). Es gibt durchaus triftige Gründe, eine Mängelbilanz militärsoziologischer Forschung zu ziehen, tut sie sich doch schwer mit ihrer akademischen Etablierung. Für die Klassiker der Soziologie war es noch selbstverständlich, sich mit dem Militär als gesellschaftlichem Phänomen und den sozialen Dimensionen von Krieg und Frieden auseinanderzusetzen (vgl. die Texte in Wachtler 1983). Mittlerweile meiden die meisten Vertreter der soziologischen, wie anderer sozialwissenschaftlicher Fachrichtungen jedoch diese Themen weitgehend (Joas/Knöbl 2008), sodass sie als ein sozialwissenschaftlich „schändlich vernachlässigtes Gebiet“ (Trotha 1997: 36) anzusehen sind.

Die begrenzte Beschäftigung der Sozialwissenschaften mit den Streitkräften und der „Gegenwart des Krieges“ (Knöbl/Schmidt 2000) wird gerne als Reaktion auf die Erfahrungen des 20. Jahrhunderts verstanden. Die beiden Weltkriege sowie die atomare Bedrohung im Kalten Krieg mit dem Schreckensbild einer weltweiten nuklearen Katastrophe hätten die desaströse Wirkung militärischer Mittel aufgezeigt. Die gemischte Bilanz der internationalen Militärmissionen seit den 1990er-Jahren (vgl. etwa Jett 2001; Rieff 2003) verstärkten den Eindruck, dass der Einsatz von Streitkräften letztlich nutzlos und obsolet, wenn nicht sogar anachronistisch sei (vgl. Joas 2000: 250 f. und aktuell Schneider 2014). Entsprechend solle sich eine Wissenschaft, die sich den Werten der Aufklärung verpflichtet fühle, nicht mit diesen destruktiven Elementen beschäftigen und Gefahr laufen, Streitkräfte und den Einsatz militärischer Gewalt *volens volens* zu legitimieren.

Die wissenschaftspolitische Bilanz der Militärsoziologie ist bislang ebenfalls mäßig. Sie ist hierzulande kaum an den Universitäten etabliert, es gibt keinen Lehrstuhl für Militärsoziologie und weder eine etablierte Sektion noch eine einschlägige Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS). Im internationalen Umfeld sieht es zumindest mit Blick auf den angelsächsischen Raum etwas besser aus. So gibt es innerhalb der *International Sociological Association* (ISA) das *Research Committee 01: Armed Forces & Conflict Resolution*, das Militärsoziologie und Konfliktforschung vereint. In den letzten Jahren ist auch im deutschsprachigen Raum ein wachsendes Interesse der Sozialwissenschaften an den Streitkräften zu verzeichnen, wie zahlreiche Publikationen dokumentieren (vgl. etwa Kernic 2001; Heins/Warburg 2004; Spreen 2008; Warburg 2008; Leonhard/Werkner 2012; Croissant/Kühn 2011; Hagen 2012; Mannitz 2012). Zudem wurde an der Universität Potsdam zum Wintersemester 2007/2008 der Masterstudiengang *Military Studies: Militärgeschichte – Militärsoziologie* eingerichtet, der sich explizit mit militärsoziologischen Themen beschäftigt. Seinem eigenen Anspruch nach „verbindet [er] die Fragestellungen und Methoden der Geschichtswissenschaft mit denen der Soziologie und Politikwissenschaft. Die Schwerpunkte des Studiums liegen sowohl auf der Analyse des Militärs in Geschichte und Gegenwart als auch auf der Untersuchung der Wechselwirkungen von Militär, Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur.“ (<www.militarystudies.de/index.php?ID_seite=2>) Der Studiengang ist interdisziplinär strukturiert, was den Studierenden „spezifische Forschungsfelder [eröffnen soll], die üblicherweise auch unter Bezeichnungen wie Friedens- und Konfliktforschung, Security Studies, Gewaltforschung, Militärgeschichte oder Militärsoziologie bekannt sind“ (<www.militarystudies.de/index.php?ID_seite=1>).

Die Gründe für die akademische Randständigkeit der Militärsoziologie und ihr häufiges Verwiesen-Sein auf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind indes nicht nur in gesellschaftlichen und (wissenschafts-)politischen Bedingungen zu suchen. Das Profil der militärsoziologischen Forschung selbst trägt dazu bei, dass sie als universitärer *Outsider* behandelt wird. Es sind vor allem zwei Charakteristika, die dauerhaft Gegenstand der Kritik sind und der akademischen Etablierung der Militärsoziologie entgegenstehen. Zum einen wird ihre Nähe zur Verteidigungspolitik und den Streitkräften häufig skeptisch beurteilt. So lautet ein gängiger Vorwurf an die Adresse der Militärsoziologie, dass sie „eine Art angewandter Betriebssoziologie“ sei, „welche die Voraussetzungen erarbeitet, unter denen die Effizienz des Instruments

Armeeeorganisation maximiert werden kann“ (König 1968: 9). Sie sei somit vom Einfluss ihrer Auftraggeber geprägt und betreibe in erster Linie eine anwendungs- und praxisorientierte Auftragsforschung zur ministeriellen und militärischen Verwertung; eine in thematischer, methodischer, empirischer und normativer Hinsicht unabhängige Wissenschaft sei so kaum möglich. Dem Urteil von Volker Heins und Jens Warburg (2004: 11) zufolge ist „[e]ntscheidend für den Stand der Militärsoziologie (...) das Erkenntnisinteresse des ‚Bedarfsträgers‘“. Zum anderen wird oftmals kritisiert, dass die Militärsoziologie eine Vielzahl empirisch orientierter Studien produziere, es jedoch an einer substanziellen Einordnung der Befunde in den aktuellen sozialtheoretischen Diskurs fehle. Der Militärsoziologie sei es nicht gelungen, eine sozialwissenschaftlich relevante Debatte zu etablieren, die auf andere Teil-Soziologien oder gar auf Nachbardisziplinen ausgestrahlt und den Forschungsstand insgesamt vorangebracht hätte. Einem empirischen Überschuss stehe eine theoretische Profillosigkeit, wenn nicht gar eine „völlige Theorielosigkeit“ (Lippert/Wachtler 1982: 353) gegenüber, weshalb die diversen militärsoziologischen Befunde – ungeachtet manch interessanter Einsichten im Detail – kaum anschlussfähig an den allgemeinen soziologischen bzw. sozialwissenschaftlichen Diskurs seien.

Im Folgenden wird dieser Kritik begegnet, indem die Stärken militärsoziologischer Forschung herausgearbeitet werden. Im Mittelpunkt stehen dabei die zivil-militärischen Beziehungen, die das Wechselverhältnis von Gesellschaft und Streitkräften beschreiben. Diese Thematik bildet den Kern der Militärsoziologie und prägt die Disziplin seit mehreren Jahrzehnten. Die Militärsoziologie verfolgt damit eine gesellschaftlich, politisch und wissenschaftlich relevante Fragestellung und beleuchtet diese unter normativer, konzeptioneller, methodischer wie empirischer Perspektive. So hat sich – unter anderem auf Basis von Bevölkerungsbefragungen und mit den Instrumenten der Einstellungsforschung – eine eigenständige und kontinuierliche Debatte entwickelt, die der Militärsoziologie Profil verleiht und zugleich anschlussfähig an diverse sozialwissenschaftliche Diskussionsstränge ist. Um den Stellenwert der zivil-militärischen Beziehungen genauer zu bestimmen, werden im folgenden Abschnitt zunächst die Merkmale, Bedingungen und Besonderheiten militärsoziologischer Forschung diskutiert. In Abschnitt 3 werden Forschungsperspektiven zu zivil-militärischen Beziehungen skizziert, wobei das Augenmerk auf den Beiträgen liegt, die auf Bevölkerungsumfragen und Einstellungsforschung beruhen. Bilanzierend werden im vierten Abschnitt Entwicklungspotenziale militärsoziologischer Forschung aufgezeigt.

2 Militärsoziologie – Profil einer (Teil-)Disziplin

Die Militärsoziologie ist eine noch recht junge Disziplin. Ihr Ursprung datiert in die Zeit des Zweiten Weltkrieges, als unter der Bezeichnung *Research Branch* ein Forscherteam um Samuel Stouffer im Jahre 1941 von der US-Regierung beauftragt wurde, mit sozialemethodischen Methoden die Truppe, ihre Motivation und Erfahrungen zu untersuchen sowie Empfehlungen zur Optimierung der militärischen Personalpolitik und Abläufe zu entwickeln. Einige Zeit später wurden die Ergebnisse des Forscherteams in vier voluminösen Bänden veröffentlicht (Stouffer et al. 1949/50). Die Startkonstellation in der *Research Branch* weist bereits wie in einem Brennglas die wesentlichen Merkmale auf, die das Bild der Militärsoziologie bis in unsere Tage hinein prägen. Dies gilt mit Blick auf (1) den Sinn und Zweck militärsoziologischer Forschung, (2) den Charakter der Forschung, (3) die Forschenden selbst, (4) den Untersuchungsgegenstand, (5) die Inhalte der Forschung und schließlich (6) die Methode. Im Folgenden wird entlang der sechs Kriterien differenziert betrachtet, inwieweit die Merkmale der *Research Branch* auf die zeitgenössische Militärsoziologie noch zutreffen, welche Entwicklungen die Forschung genommen hat und wo Stereotype fortbestehen, die es zu korrigieren gilt.

(1) Hinsichtlich des Sinns und des Zwecks militärsoziologischer Forschung verfolgte die *Research Branch* den von René König formulierten und eingangs erwähnten Optimierungsgedanken. Militärsoziologie in diesem Sinne ist eine angewandte Betriebs- und Organisationssoziologie, somit eine der zahlreichen Bindestrich-, Teil- bzw. Sub-Disziplinen der Soziologie und auf die Interessen der Organisation hin orientiert. Streitkräfte verbinden mit wissenschaftlichen Projekten ein unmittelbares Verwertungsinteresse und streben eine Optimierung von Organisationspolitiken an, beispielsweise im Bereich der Personalgewinnung und -führung. Dies trägt der Militärsoziologie den Vorwurf ein, sie sei eine Soziologie „nur für den Dienstgebrauch“ (Lippert/Wachtler 1982), also nichts weiter als Sozialtechnologie.

Für einen Teil der vorhandenen militärsoziologischen Studien trifft diese Kritik sicherlich zu. Ebenso ist es zutreffend, dass die Streitkräfte an theoretischen *Spin-Offs* militärsoziologischer Forschung allenfalls begrenzt interessiert sind. Gleichwohl fördern sie diese zumindest in Teilen, um validere Ergebnisse und Empfehlungen zu erhalten. Zudem darf nicht übersehen werden, dass die in Auftragsprojekten generierten Daten und Befunde für militärsoziologische

Bestandsaufnahmen und für die Theoriebildung von Interesse sind und entsprechend genutzt werden.

Darüber hinaus besitzt Militärsoziologie einen kritischen Forschungsauftrag mit politischer und gesellschaftlicher Relevanz, der hierzulande vor allem Anfang der 1970er-Jahre bei der Etablierung einer sozialwissenschaftlichen Ressortforschungseinrichtung im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung eine wichtige Rolle gespielt hat. So heißt es im Weißbuch 1971/72: „Bundeswehr und Öffentlichkeit haben ein Interesse daran, daß Probleme der Landesverteidigung wissenschaftlich untersucht werden.“ (BMVg 1971: 93) Noch deutlicher formuliert dies der Schweizer Militärsoziologe Karl Haltiner (1999: 38) mit Blick auf das damalige Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr: „Aber wo schon leistete sich das Militär selbst einen Dorn im eigenen Fleisch? Nur dort, so die naheliegende Antwort, wo man, gebrannt durch schlechte Erfahrungen, ernsthaft gewillt war, gesellschafts- und militärpolitisch gefährliche Fehlentwicklungen schon im Frühstadium zu erkennen und zu stoppen.“

Die Militärsoziologie durchzieht somit die Frage nach der politischen und der demokratischen Kontrolle von Streitkräften: Wie können Politik und Gesellschaft das militärische Destruktions- und Machtpotenzial politisch kontrollieren und die „Demokratie-Kompatibilität“ des Militärs gewährleisten (Bredow 2008: 13; vgl. ferner etwa IPU/DCAF 2004; Croissant/Kühn 2011)? Zumindest für einen bedeutsamen Strang der Militärsoziologie ist die normative Orientierung auf eine in Anlehnung an Wilfried von Bredow als ‚Gesellschaft-Kompatibilität‘ zu bezeichnende soziale Einbindung der Streitkräfte ein Mittel zu deren Kontrolle sowie Teil des wissenschaftlichen Selbstverständnisses (vgl. etwa Bruneau/Tollefson 2006; Mannitz 2012). Die Militärsoziologie erbringt folglich Dienstleistungen für die Streitkräfte, fungiert zugleich aber als (eine) Kontrollinstanz vis-à-vis dem Militär. Militärsoziologie vereint deswegen beides, sowohl Facetten der Sozialtechnologie als auch aufklärerische Intentionen.

(2) Dem Beispiel der *Research Branch* folgend trägt militärsoziologische Forschung häufig den Charakter von Auftragsforschung. Die Streitkräfte bzw. die Verteidigungsministerien beauftragen Forscher mit einer Untersuchung, weshalb, so das stereotype Bild, in der Militärsoziologie kaum von der in Deutschland verfassungsmäßig garantierten Wissenschaftsfreiheit bzw. der Freiheit der Forschung die Rede sein könne. Diese Kritik trifft die Militärsoziologie nicht exklusiv, sondern gilt ebenso für beauftragte Forschung durch

andere staatliche und private Akteure wie z.B. Wirtschaftsunternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Parteien, Verbände, internationale Organisationen (vgl. Kümmler 2005).

Richtig an dieser Kritik ist, dass die militärsoziologisch Forschenden an ihren Auftraggeber gebunden sind, wenn es um die Publikation der Forschungsergebnisse und die allgemeine Zugänglichkeit der der beauftragten Forschung zugrunde liegenden Daten geht. Die Regie liegt hier beim Auftraggeber, der unter bestimmten Bedingungen eine Studie von vornherein als ein nicht zur Veröffentlichung vorgesehenes Gutachten deklarieren kann und Daten mitunter mit erheblicher zeitlicher Verzögerung oder gar nicht für Sekundäranalysen zugänglich macht.

Wichtig ist an dieser Stelle der Einwand, dass militärsoziologische Forschung keineswegs ausschließlich Auftragscharakter hat. Vielmehr wird in vielen Teilen der Welt auch ohne Auftrag, d.h. aus wissenschaftlichem Interesse heraus geforscht. Die dabei gewonnenen Ergebnisse werden, was vielfach übersehen wird, von den Streitkräften und den Verteidigungsministerien ebenfalls genutzt, sei es für die ministerielle und militärische Steuerung der Streitkräfte oder in der Lehre an militärischen Bildungseinrichtungen wie Militärakademien und Schulen der Streitkräfte.

(3) Damit richtet sich der Blick auf die Forschenden selbst. Legt man erneut die Konstellation in der *Research Branch* zugrunde, dann sind die Forschenden vom Militär bzw. vom Verteidigungsministerium mit der Durchführung eines Forschungsprojekts beauftragt worden. Diese Beschreibung trifft weiterhin einen Teil der Realität. Oftmals steht der militärsoziologisch Forschende in einem Werkvertrags- oder Projektverhältnis zu den Streitkräften oder gar in einem dauerhaften Beschäftigungsverhältnis. So unterhalten einige Streitkräfte bzw. Verteidigungsministerien eigene, wenn auch zuweilen recht kleine Ressortforschungseinrichtungen zu ihrer militärsoziologischen und sozialwissenschaftlichen Begleitung (vgl. hierzu die Beiträge in Kümmler/Prüfert 2000: Abschnitt I und in Callaghan/Kernic 2003: Abschnitt II). Hierzulande sind dies das vormalige Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) in München und anschließend in Strausberg und das jetzige Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) in Potsdam.

Daneben sind in der militärsoziologischen Wissenschaftslandschaft Forschende anzutreffen, die für ihre Untersuchungen nicht vom Militär oder Verteidigungsministerium beauftragt und finanziert werden. Sie finden

sich in der Regel in außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen, weniger in den Universitäten selbst, und können das Verteidigungsministerium oder die Streitkräfte für einzelne Forschungsprojekte gewinnen. Die Gruppe der militärsoziologisch Forschenden umschließt folglich die ressortinternen, d.h. bei den Streitkräften beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die Gruppe ressortexterner Forschender, die vom Militär mit Forschungsprojekten beauftragt worden sind, sowie die Gruppe ressortexterner autochthoner Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Für alle drei Gruppen ist das Stereotyp von Auftragsforschenden als unmündigen und durch den Auftraggeber gesteuerten Agenten zu korrigieren. Gegen diesen Vorwurf steht die komplexe Realität wissenschaftlichen Arbeitens, die einer solch vereinfachenden Beschreibung nicht entspricht. In der Praxis besteht häufig ein erheblicher Spielraum für den Forschenden. So weiß der Auftraggeber um die Notwendigkeit einer Autonomie in der Untersuchungspraxis und billigt dem Forschenden Mitspracherecht bei der Festlegung der konkreten Themen und der Methoden sowie Freiheit in der Darbietung und Interpretation der Ergebnisse zu. Den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wiederum kann eine kritische (Halb-)Distanz zu den Streitkräften bei der Profilbildung dienen, sehen sie sich doch ohnehin mit dem Vereinnahmungsvorwurf konfrontiert und sollten schon alleine im Interesse ihrer akademischen Reputation darum bemüht sein, ihre Unabhängigkeit zu dokumentieren.

(4) In Bezug auf den Untersuchungsgegenstand beschäftigte sich die *Research Branch* im Wesentlichen mit den Streitkräften selbst und mit deren Angehörigen. Dieser Zuschnitt bildet die gegenwärtige Realität teilweise ab, entspricht aber eher einem engen Verständnis von Militärsoziologie als einer Variante der Betriebssoziologie. Den Zugang zur Forschung in den Streitkräften sowie unter Soldatinnen und Soldaten kontrolliert das Militär bzw. das Verteidigungsministerium zumeist selbst, sodass Auftraggeber und Untersuchungsgegenstand in solchen Studien deckungsgleich sind. Daneben findet sich ein weites Verständnis von Militärsoziologie, das nicht auf die Soziologie beschränkt ist, sondern in angrenzende Disziplinen ausgreift. Die international führende militärsoziologische Fachzeitschrift *Armed Forces and Society* versteht sich ganz bewusst als *an interdisciplinary journal*, in dem sich Beiträge aus der Politikwissenschaft, der Psychologie, der Friedens- und Konfliktforschung, der Ethnologie und der Volks- und Betriebswirtschaft wiederfinden. Damit verbinden sich in der Militärsoziologie oder in den

militärbezogenen Sozialwissenschaften, von denen bisweilen in synonyme Bedeutung die Rede ist, die verschiedenen Analyseebenen von Mikro-, Meso- und Makro-Perspektive, die vom einzelnen Soldaten als Individuum an einem Ende über die Streitkräfte als Organisation bis zur Gesellschaft des Militärs und den Makrostrukturen der Internationalen Beziehungen am anderen Ende des Spektrums reichen (so auch in Kümmel/Prüfert 2000; Gareis/Klein 2004; Bredow 2008; Leonhard/Werkner 2012).¹ Damit ist der Gegenstandsbereich militärsoziologischer Untersuchungen wesentlich breiter und umfassender, als es das Vorbild der *Research Branch* nahelegt, und unterliegt in weit geringerem Maße der Steuerbarkeit durch die Streitkräfte, als dies im engen Verständnis von Militärsoziologie der Fall ist.

(5) Bei der *Research Branch* ging es mit Blick auf die Forschungsinhalte vor allem um das Meinungsbild in der Truppe, die Erfahrungen und die Motivation der Soldaten, was die stereotype Annahme von der Militärsoziologie als einem empirisch-praktisch ausgerichteten und in theoretischer Hinsicht nur wenig ambitionierten Unterfangen spiegelt. Zweifellos ist in der Militärsoziologie ein Übergewicht der empirischen gegenüber den theoretischen Forschungsinhalten zu konstatieren. Dies bedeutet aber nicht, dass es sich bei Militärsoziologie um eine atheoretische Unternehmung handelt. Denn erstens sind die Arbeiten von Stouffer et al. sowie die mit ähnlicher Intention unternommene Studie von Edward Shils und Morris Janowitz (1948) zur Motivation von Wehrmachtsoldaten mittlerweile Standardreferenzen für die Soziologie von Kleingruppen (siehe etwa Kornblum 2012: 146 f.). Zweitens haben sich im Zuge des skizzierten weiten Verständnisses von Militärsoziologie ihre theoretischen Bezugspunkte erweitert. Durch ihre interdisziplinäre Anlage importiert die Militärsoziologie theoretische Entwürfe und konzeptionelle Überlegungen aus den benachbarten Disziplinen. Drittens stehen sich bei der Betrachtung des zivil-militärischen Verhältnisses, dem thematischen Zentrum der Militärsoziologie, zwei einflussreiche Theorieansätze gegenüber. Die schon in den 1950er- bzw. 1960er-Jahren von zwei amerikanischen Sozialwissenschaftlern, Samuel Huntington und Morris Janowitz, angestoßene Forschungsdebatte um die Stellung der Streitkräfte in bzw. zur zivilen

1 Kritisch könnte hierzu eingewendet werden, dass die Militärsoziologie mit diesem umfassenden und interdisziplinären Zuschnitt zwar den gerne postulierten Forderungen an eine zeitgemäße Wissenschaft gerecht wird, dieser Wesenszug aber nicht unbedingt zur Profilbildung, Spezialisierung und akademischen Etablierung der Disziplin beiträgt.

Gesellschaft, setzt den Rahmen, in dem sich ein bedeutender Teil militärsoziologischer Forschung bis heute konzeptionell wie empirisch bewegt.

Bei der Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Streitkräften geht es zum einen, um „the effects of society on the role, missions, structure and culture of the military, including its operational effectiveness“, zum anderen um „the consequences of the behaviour of armed services as coercive, war-fighting organizations for society in terms of their power and prestige and legitimacy“ (Dandeker 2001: 4). Huntington (1957) plädiert diesbezüglich in seinem epochalen Werk *The Soldier and the State* für eine Segregation von Streitkräften und Gesellschaft, möchte also die zivile und die militärische Sphäre strikt voneinander getrennt sehen. Nach Huntington ist dies notwendig, um die Effizienz und die Effektivität der Streitkräfte zu bewahren und deren Funktionalität aufrechtzuerhalten. Für ihn zeichnet sich das Militär in transhistorischer Perspektive durch konstante Merkmale wie Tötungs- und Opferbereitschaft, Kollektivismus, Hierarchie, Befehl und Gehorsam, Tapferkeit, Ehre, Kameradschaft, Patriotismus und Konservatismus aus. Diese Orientierungen stehen wiederum zu gesellschaftlichen Entwicklungen, die Huntington in der amerikanischen Gesellschaft beobachtet und die sich mit Schlagworten wie Individualisierung, Liberalismus und Egalitarismus umschreiben lassen, in einem unübersehbaren Spannungsverhältnis. Huntington fürchtet um die Funktionsfähigkeit der Streitkräfte der Vereinigten Staaten wie anderer westlicher Gesellschaften, wenn diese zu nah an die Gesellschaft rücken. Eine solche Nähe würde zwangsläufig zu einer Diffusion sozialer Trends in die Streitkräfte führen. Die gesellschaftliche Permissivität ist für Huntington mit Funktionsverlusten, Einbußen an Einsatzbereitschaft und Kampfkraft sowie organisatorischen Defiziten und in der Konsequenz einer Beeinträchtigung der Verteidigungsbereitschaft und der nationalen Sicherheit verbunden. Aus diesem Grund gilt es, die Autonomie der Streitkräfte zu bewahren und sie vor den zersetzenden Einflüssen der Gesellschaft zu schützen. Neben der Vermittlung eines professionellen Leitbildes und eines militärischen Ethos rät er deswegen dringend dazu, die Streitkräfte von der Gesellschaft abzuschotten.

Janowitz (1960) vertritt demgegenüber in seinem – als Reaktion auf Huntington zu verstehenden – Werk *The Professional Soldier* die Gegenposition und spricht sich nachdrücklich für die Integration von Streitkräften in die Gesellschaft aus. Im Wesentlichen führt er zwei Argumente gegen Huntington ins Feld. So sei die Vorstellung einer Segregation der militärischen und zivilen

Sphären schlicht unrealistisch, da durch den personellen Austausch (neu eintretender Soldaten einerseits und ausscheidender Soldaten andererseits) ohnehin lebendige Beziehungen zur Gesellschaft bestehen, die prinzipiell nicht aufzuheben seien. Durch die jungen Rekruten würden die von ihnen in der zivilen Welt gewonnenen Eindrücke, Überzeugungen und Werte sukzessive in das Militär hinein transportiert. Umgekehrt vermittelten noch aktive Soldaten in ihren Rollen als Familienmitglieder, Angehörige von sozialen Gruppen, Vereinen und Zusammenschlüssen und erst recht ausgeschiedene Soldaten die militärischen Erfahrungen ihrem zivilen Umfeld. Janowitz erscheint eine Isolierung der militärischen Sphäre letztlich dysfunktional, denn die Streitkräfte seien wie jede andere Großorganisation auf gesellschaftliche Legitimation und Unterstützung angewiesen. Eine Distanzierung von der sie tragenden Gesellschaft gefährde die notwendige soziale Akzeptanz und könne in der Folge mit Reputations-, Autonomie- und Bedeutungsverlusten einhergehen.

Die Beiträge von Huntington und Janowitz wurden ausführlicher skizziert, da sie paradigmatische Bedeutung für die Militärsoziologie besitzen. So wird über die Wechselwirkungen zwischen Streitkräften und Gesellschaft unter Rekurs auf die beiden Grundpositionen nach wie vor kontrovers diskutiert.² Weiterhin bilden sie den konzeptionellen Rahmen, in dem sich die militärsoziologische Debatte entwickelt, zumal die Frage nach der Integration oder Isolation der Streitkräfte von der zivilen Gesellschaft nicht allein wissenschaftliche Relevanz besitzt, sondern von einiger politischer und gesellschaftlicher Brisanz ist. Die Militärsoziologie muss die den Ausführungen von Huntington und Janowitz innewohnenden normativen Implikationen ernstnehmen, gerade wenn sie sich nicht auf eine empirisch-funktionale Sozialtechnologie reduzieren lassen will.

(6) Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der *Research Branch* bedienten sich in ihren Untersuchungen sowohl qualitativer als auch quantitativer Verfahren, wobei ein Übergewicht der quantitativen Methoden zu konstatieren ist. Daran hat sich bis heute kaum etwas verändert: In ihren Forschungsmethoden greift die Militärsoziologie zwar auf qualitative Ver-

2 Wichtige darauf aufbauende theoretische Entwürfe wurden seither unter anderem vorgelegt von Rebecca Schiff (2008), die eine Konkordanz-Theorie des zivil-militärischen Verhältnisses entwickelt hat, von Peter Feaver (2005), der die Frage des politischen Spielraumes von Soldaten konzeptionell beleuchtet hat, von Wolfgang R. Vogt (1986), der das Inkompatibilitätstheorem der Soziologie des 19. Jahrhunderts aufgegriffen und mit Blick auf das Nuklearzeitalter zugespitzt hat sowie von Martin Shaw (1991), der eine „post-militärische Gesellschaft“ skizziert.

fahren zurück (vgl. die Beiträge in Carreiras/Castro 2012; Seiffert/Langer/Pietsch 2012), sie basiert jedoch überwiegend auf quantitativen Methoden (vgl. Biehl/Tomforde 2005: 311–314).

Wie in den empirischen Sozialwissenschaften generell so gilt in der empirischen Militärsoziologie, dass die Fragestellung einer Untersuchung maßgeblich deren Design und die zum Einsatz kommenden Methoden bestimmt. Allerdings ist der Untersuchungsgegenstand Militär Teilen der Forschung nicht allgemein zugänglich. Verteidigungsministerien und Streitkräfte reglementieren, kontrollieren und gewähren selektiv den empirischen Zugang zur militärischen Organisation und zu den Soldatinnen und Soldaten als Objekt wissenschaftlicher Analyse, wobei Unterschiede zwischen den verschiedenen Methoden bestehen.

Für qualitative Verfahren ist der freie Zugang für Forschende generell gegeben – gleich welche Analyseebene betrachtet wird: So stehen die Mikroebene des soldatischen Subjekts und die Mesoebene der militärischen Organisation auch autochthonen externen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern offen. Inhaltsanalytisch lassen sich beispielsweise Produkte der Streitkräfte wie offizielle Dokumente, Lehr- und Ausbildungsmaterialien, Presseerklärungen, Fotos, Werbevideos, öffentliche Auftritte der Streitkräfte wie etwa der Große Zapfenstreich (vgl. Euskirchen 2005) oder die Internetauftritte der Streitkräfte untersuchen (vgl. Kümmel 2003). Die Mikroebene des soldatischen Individuums wiederum kann durch Interviews (vgl. z.B. Naumann 2007; Mannitz 2012), die Analyse von Autobiografien, Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen, Internetforen, Blogs und auf Plattformen wie Youtube hochgeladene Videos erschlossen werden.

Für quantitative Erhebungen ist der Zugang zum Forschungsfeld deutlich restriktiver. Ressortinterne Forschende und beauftragte externe Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler genießen beinahe exklusive empirische Möglichkeiten. Autochthonen externen Forschenden hingegen wird dieser Zugang selten gestattet, da die beauftragten Studien auf den Erhalt der Funktionsfähigkeit der Organisation, zumindest aber auf eine Optimierung ihrer Funktionsweise und eine Verbesserung von Verfahrensabläufen abzielen. Von den Untersuchungen wird deshalb oftmals verlangt, dass sie ein repräsentatives Lagebild liefern, um zu allgemeingültigen Schlussfolgerungen und Empfehlungen zu gelangen. Entsprechend stützen sie sich auf Umfragen unter Soldatinnen und Soldaten oder auch unter zivilen Angehörigen der Armee. Einschlägige Erhebungen werden etwa zur Dienstzufriedenheit, zur Motivation,

zum Vertrauen in Vorgesetzte, zur Integration von Frauen, zur multinationalen Zusammenarbeit, zu organisatorischen Veränderungsprozessen, zur Vereinbarkeit von Dienst und Familie oder zu den Belastungsfaktoren eines Auslandseinsatzes durchgeführt (vgl. hierzu im Überblick Leonhard/Werkner 2012; Apelt 2010). Die Studien haben den Zweck, die militärische Führung und die politische Leitung der Streitkräfte über die Stimmung in der Truppe, über soldatische Motive und Anliegen, über Probleme und Lösungsmöglichkeiten zu informieren. Für die Soldatinnen und Soldaten wiederum stellen die Umfragen eine der wenigen Gelegenheiten dar, ihre Interessen – im Aggregat – über die Hierarchieebenen hinweg vorzubringen. Für die Militärsoziologie schließlich gewähren die gewonnenen Daten, Informationen und Befunde einen wertvollen Einblick in das Innenleben des Militärs, was in der Folge für weitergehende Bestandsaufnahmen und Theoriebildung von Interesse ist.

Im Unterschied zu militärinternen Befragungen ist die Durchführung von Bevölkerungsumfragen zu außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen prinzipiell allen Forschenden – die notwendigen Ressourcen vorausgesetzt – gleichermaßen möglich. Entsprechend liegen Untersuchungen mit einem solchen Zuschnitt in größerer Zahl vor und bilden auch den empirischen Grundstock für Analysen zu den zivil-militärischen Beziehungen. Im Folgenden wird ein Überblick über die vorhandenen Studien und den Forschungsstand gegeben, wobei die Frage nach der Integration bzw. Isolation der Streitkräfte von der Gesellschaft im Mittelpunkt steht.

3 Zur Empirie der zivil-militärischen Beziehungen

Die Frage nach der Einbindung von Streitkräften in die Gesellschaft ist ein Dauerthema für die Militärsoziologie: Einen ersten deutschsprachigen Forschungsüberblick legten bereits Roghmann und Ziegler (1977: 195–205) vor. Die politische Dimension der Thematik belegt der Sammelband „Soldat und Gesellschaft“ (Fleckenstein/Kothe 1981), der eine Veranstaltung dokumentiert, die der damalige Verteidigungsminister Hans Apel angesichts der erheblichen gesellschaftlichen Mobilisierung gegen den NATO-Doppelbeschluss ausrichten ließ. Bis in die Gegenwart finden sich diverse Schriften, die sich mit empirisch unterschiedlichen Zugängen der von Huntington und Janowitz umrissenen Problematik widmen. Einen breiten Ansatz wählt Matthias Rogg (2008), der in seiner geschichtswissenschaftlichen Arbeit die Einbindung der Nationalen Volks-

armee als Armee des Volkes in die DDR-Gesellschaft u.a. anhand der militärischen Öffentlichkeitsarbeit, der Wehrerziehung, der Dienstbereitschaft und des Reservistentums betrachtet. Jürgen Franke (2012) wiederum differenziert sieben Integrationsvarianten aus und beleuchtet diese u.a. mittels bundeswehrinterner Erhebungen und Bevölkerungsbefragungen. Nimmt man die vorliegenden Studien zusammen, dann sind für die Analyse der zivil-militärischen Beziehungen drei Betrachtungsebenen zu unterscheiden: (1) die Haltung der Bürgerinnen und Bürger zur Sicherheitspolitik, zu militärischen Aufgaben und Einsätzen, (2) die Einstellung zu den Streitkräften als Organisation bzw. Institution sowie (3) die Unterstützung für das Militär und das soziale Ansehen des Soldaten.

(1) Bevölkerungsbefragungen erfassen, wie Bürgerinnen und Bürger zu sicherheitspolitischen Fragen stehen und wie sie die internationale Sicherheitslage insgesamt wie bestimmte Risikolagen und sicherheitspolitische Situationen und Konstellationen einschätzen und welche Art von Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sie sich als Antwort darauf wünschen. So geht es um die gesellschaftliche Einschätzung der Bedrohung durch den inter- und transnationalen Terrorismus, um die Unterstützung für die Mitgliedschaft des eigenen Landes in einem Verteidigungsbündnis wie der NATO oder um die Zustimmung für die Ausbildung einer gemeinsamen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (vgl. etwa Holst/Rattinger 1998; Wanner/Bulmahn 2013). Die Bevölkerungsumfragen können dabei auf ein Land beschränkt oder international vergleichend angelegt sein. Die Transatlantic Trends (<<http://trends.gmfus.org/>>) erheben beispielsweise jährlich das sicherheitspolitische Meinungsklima diesseits und jenseits des Atlantiks (vgl. etwa Jacobs 2009). Auch die Befragungen des Eurobarometers (<http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm>) greifen von Zeit zu Zeit sicherheitspolitische Fragestellungen auf. Zudem liegen Einzeluntersuchungen vor, die international vergleichend die öffentliche Meinung zu Sicherheitspolitik und Streitkräften erfassen (vgl. etwa Manigart/Marlier 1997; Biehl et al. 2011).

Für die Militärsoziologie ist von Interesse, ob und inwieweit die Gesellschaft die sicherheitspolitischen Aufgaben von Streitkräften mitträgt (siehe hierzu Schoen 2010; Mader/Schoen 2013 sowie den Beitrag von Endres/Schoen/Rattinger in diesem Band). Schließlich stellen die Einstellungen, Meinungen und Haltungen der Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Richtgröße für sicherheitspolitische Entscheidungen dar und stecken den Möglichkeitsraum der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ab. Dies bedeutet nicht, dass sich die Politik ausschließlich nach dem Willen der Wählerinnen und Wähler richtet. So lassen sich als notwendig erachtete und politisch gewollte sicher-

heitspolitische Maßnahmen gegen massive gesellschaftliche Mobilisierung durchsetzen, wie die Wiederaufstellung deutscher Streitkräfte nach dem Zweiten Weltkrieg, die Umsetzung des NATO-Doppelbeschlusses Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre oder die Teilnahme der Bundeswehr am Afghanistaneinsatz belegen. Auf die Dauer ist es aber schwierig, gegen den expliziten Wählerwillen zu agieren – zumal es bei sicherheitspolitischen Entscheidungen um letzte Fragen von Krieg und Frieden geht und mitunter Opfer und Gefallene zu beklagen sind. Henrike Viehrig (2010) hat mit Blick auf die gegenwärtige militärische Einsatzpraxis westlicher Staaten herausgearbeitet, dass die öffentliche Meinung im Entsendeland weniger über das ‚Ob‘ einer Teilnahme an internationalen Missionen bestimmt, sehr wohl aber über das ‚Wie‘, d.h. über Umfang, Qualität und Ausrichtung des militärischen Beitrags. Staaten, die sich mit Vorbehalten ihrer Bürger konfrontiert sehen, enthalten sich folglich nicht einem militärischen Engagement, sie stellen jedoch kleinere Kontingente, die in ruhigeren Gebieten stationiert und seltener in Kampfhandlungen involviert sind.

(2) Auf der Mesoebene der militärischen Organisation dienen Bevölkerungsumfragen zur Bestimmung der gesellschaftlichen Haltung gegenüber den Streitkräften als Organisation bzw. Institution. Die entsprechenden Befunde geben Aufschluss über die soziale Position der Streitkräfte und den Stellenwert militärischer Gewalt. So interessiert, wie das öffentliche Ansehen der Streitkräfte ist und das Militär von der Gesellschaft wahrgenommen wird (vgl. Franke 2012). Fragen zum Vertrauen in diverse Institutionen ermöglichen den Vergleich zum sozialen Standing anderer öffentlicher Einrichtungen. Darüber hinaus werden Trägergruppen des gesellschaftlichen Zuspruchs identifiziert: Treffen die Streitkräfte in allen gesellschaftlichen Gruppierungen auf ähnlichen Zuspruch oder konzentriert sich dieser auf bestimmte Kreise? Hegt die Bevölkerung bezüglich der Streitkräfte ein recht einmütiges oder ein eher polarisiertes Meinungsbild? (vgl. Wanner/Bulmahn 2013)

Die entsprechenden Antworten weisen auf die gesellschaftliche und in der Folge politische Legitimation der Streitkräfte hin. Die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger sind, insbesondere in Demokratien, Ressourcen und Restriktionen politischer Prozesse gleichermaßen. Streitkräfte sind gesellschaftlicher Kontrolle und Kritik ausgesetzt, müssen sich, ihr Tun und ihren Anspruch auf öffentliche Ressourcen rechtfertigen, stehen dabei in Konkurrenz zu anderen Institutionen, Einrichtungen und Interessen, werben für ihre Anliegen und Absichten um Unterstützung und versuchen, die

„Köpfe und Herzen [zu] gewinnen“ (Beck/Hartmann 2012). Armeen sind diesen Anforderungen in besonderem Maße ausgesetzt, da sie teilweise massive Eingriffe in den Alltag und die Lebensführung der Bürgerinnen und Bürger vornehmen. Dies beginnt bei den Störungen und Belästigungen, die durch Tiefflüge, Marschkolonnen und Großmanöver verursacht werden, und reicht bis zu der Verpflichtung, Wehrdienst zu leisten. Diese Maßnahmen sind Ausdruck exekutiver Entscheidungen, unterliegen Verwaltungsbestimmungen und gegebenenfalls juristischen Verfahren und werden im äußersten Fall mit staatlicher Gewalt durchgesetzt. Sie sind aber einfacher und effizienter zu realisieren, wenn die Öffentlichkeit hinter den Streitkräften steht, wenn das Militär und seine Anliegen als sinnvoll und legitim angesehen werden.

Die gleichen Mechanismen wirken beim Zugriff auf öffentliche Ressourcen (Wlezien 1996; Higgs 2012). Geht es um die Verteilung von Steuergeldern, dann konkurriert der Anspruch des Militärs auf adäquate und moderne Ausrüstung, gute Bezahlung für seine Soldatinnen und Soldaten und ausreichende Mittel für Ausbildung und Einsatz mit den Absichten anderer Ressorts. Zugespitzt formuliert steht dann die Beschaffung neuer Waffen der Bereitstellung von sozialen Leistungen, besseren Schulen oder mehr Kindergartenplätzen entgegen. Militärische Ansprüche lassen sich leichter durchsetzen, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die Bedrohungs- und Gefährdungsszenarien teilt, die den Streitkräfteplanungen und den darauf basierenden Forderungen nach Personal, Ausrüstung, Infrastruktur etc. zugrunde liegen. Der Militärsoziologie dient die öffentliche Meinung mithin als Gradmesser für die gesellschaftliche Relevanz, Legitimation und Integration der Streitkräfte.

(3) Hinzu treten Untersuchungen, die verschiedene Facetten gesellschaftlicher Unterstützung für das Militär erheben. Wegweisend für die jüngere Diskussion ist dabei die Studie von Peter Feaver und Richard Kohn (2001), die für die Vereinigten Staaten eine „civil-military gap“ ausgemacht haben. Demnach schwinden die Bezüge zwischen militärischer und ziviler Lebenswelt, der Stellenwert des Militärischen sinkt und die gesellschaftliche Unterstützung für die Streitkräfte geht zurück. Die Diagnose von Feaver und Kohn erlangte – ungeachtet der nachfolgenden Ereignisse des 11. September 2001, des Afghanistan- und Irakkrieges – große wissenschaftliche wie öffentliche Aufmerksamkeit und regte eine Reihe von Nachfolgestudien im internationalen Kontext wie für ausgewählte Teile der Bevölkerung an (Caforio 2007; Collmer/Kümmel 2007).

In Deutschland prägte die Diagnose des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler (2005) eines ‚freundlichen Desinteresses‘ der Deutschen an der Bundeswehr die Debatte. Im Anschluss häuften sich hierzulande die einschlägigen Klagen von Soldatinnen und Soldaten, die von dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, dem evangelischen Militärbischof und weiteren Vertretern des öffentlichen Lebens geteilt wurden. Einen entscheidenden Kontrapunkt setzte erst der damalige Verteidigungsminister Thomas de Maizière (2013), der die soldatische ‚Gier nach Anerkennung‘ kritisierte und mehr professionelles Selbstvertrauen einforderte. Gleichviel, welcher Position man zuneigt und welche eher den empirischen Befunden entspricht (Fiebig/Pietsch 2009; Biehl in diesem Band), die gegensätzlichen Auffassungen verdeutlichen, dass Soldatinnen und Soldaten von der Bevölkerung Zuspruch erwarten.

Die militärsoziologische Forschung hat in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam gemacht, wie wesentlich und im engeren Sinne funktional die gesellschaftliche Unterstützung für die Streitkräfte und ihre Angehörigen ist. Dies gilt etwa für die Gewinnung von Personal: Wie steht es um das gesellschaftliche Renommee der Soldaten? Erfahren sie soziale Anerkennung? Wie ist das Ansehen des Soldaten im Vergleich zu anderen Berufen? Welches Bild von dem Beruf und der Tätigkeit des Soldaten machen sich die Bürger und Bürgerinnen eines Landes? Diverse Studien zeigen, dass diese Faktoren Jugendliche bei ihrer Entscheidung für oder gegen einen Beruf beeinflussen. Daneben findet zwar auch ein Abgleich eigener Fähigkeiten und Präferenzen mit dem Anforderungs- und Tätigkeitsprofil eines Berufs statt; finanzielle Anreize und Karrieremöglichkeiten spielen eine Rolle; und mehrere berufliche Alternativen werden erwogen (vgl. den Überblick bei Leonhard/Biehl 2012). Es ist aber zu einem erheblichen Maße das soziale Umfeld, das Einfluss nimmt, wenn es eine Empfehlung bzw. Ablehnung ausspricht. Als ein attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden, ist für die Streitkräfte deshalb von erheblicher Bedeutung, zumal sie, wie die Bundeswehr, in Konkurrenz zu zivilen Arbeitgebern um die Gewinnung von geeignetem Personal stehen (vgl. Apt 2009). Für Freiwilligenarmeen, die mittlerweile in den meisten westlichen Staaten etabliert sind, besitzt dieser Aspekt nochmals gesteigerte Bedeutung.

Darüber hinaus zeigt die militärsoziologische Forschung, dass Soldaten im Einsatz ihre Motivation nicht allein aus innermilitärischen Größen wie dem professionellen Selbstverständnis, dem Korpsgeist, der Kameradschaft oder dem Vertrauen in Vorgesetzte ableiten. Es ist ebenso der Zuspruch der Bevölkerung, der Antrieb für soldatisches Engagement ist. Studien zur

Situation von deutschen Soldaten im Einsatz haben klar herausgearbeitet, dass ein Zusammenhang zwischen wahrgenommener sozialer Unterstützung und soldatischer Motivation besteht (vgl. Pietsch 2012). Soldaten, die die Bevölkerung in ihren Missionen hinter sich wissen, identifizieren sich stärker mit ihren Aufträgen und Aufgaben. Szenarien, wie sie etwa die spanischen Soldaten 2003 bei ihrer Entsendung in den Irak erleben mussten, als sich eine übergroße Mehrheit der spanischen Bevölkerung gegen die Beteiligung ihrer Armee an der ‚Koalition der Willigen‘ aussprach (vgl. Goot 2004), gilt es aus Sicht der Streitkräfte und ihrer politischen Leitung zu vermeiden.

Zusammengenommen unterstreichen die von der Militärsoziologie identifizierten Mechanismen und Wirkweisen die Notwendigkeit gesellschaftlicher Unterstützung und Einbindung – nicht nur, weil es normativ gewünscht ist und Streitkräfte besser zu kontrollieren sind, sondern weil es auch militärisch funktional ist, gesellschaftlich eingebunden zu sein und die Bevölkerung hinter sich und seinen Aufgaben zu wissen. Für die Bundeswehr ist dies sogar in militärischen Grundlagendokumenten festgelegt. So gibt die Zentrale Dienstvorschrift 10/1 zur Inneren Führung (BMVg 2008: Ziffer 401) den deutschen Streitkräften explizit vor, „die Einbindung der Bundeswehr in Staat und Gesellschaft zu erhalten und zu fördern, Verständnis für den Auftrag der Bundeswehr im Rahmen der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei den Bürgerinnen und Bürgern zu gewinnen sowie die Soldatinnen und Soldaten aktiv in die durch ständigen Wandel geprägten Streitkräfte einzubeziehen (Integration)“. Zumindest hierzulande besteht folglich eine normativ wie empirisch unterfütterte Präferenz für die Janowitz'sche Konzeption einer Integration der Streitkräfte in die zivile Gesellschaft. Inwieweit diese Vorgabe erfüllt ist, wie sich die zivil-militärischen Beziehungen darstellen, welchen Einflüssen und Faktoren sie unterliegen und welche Indikatoren am besten zur Bestandsaufnahme geeignet sind – diese Fragen verfolgt die Militärsoziologie, nicht zuletzt auf der Grundlage von Bevölkerungsbefragungen.

4 **Fazit**

Die vorstehenden Ausführungen haben gezeigt, wie wesentlich die zivil-militärischen Beziehungen für die militärsoziologische Forschung sind und wie sehr deren Analyse auf Bevölkerungsbefragungen beruht. In den einschlägigen Studien werden die Möglichkeiten der Einstellungsforschung je-

doch nicht immer ausgereizt. So werden die erhobenen sicherheitspolitischen Meinungsbilder zwar hierzulande (zu finden unter <www.zmsbw.de>) und in anderen Ländern (etwa in der Schweiz <www.css.ethz.ch/publications/Sicherheit>) regelmäßig berichtet, doch einer weiterführenden und tiefer gehenden militärsoziologischen Analyse zu selten unterzogen, obwohl die Daten bestens geeignet sind, die öffentliche Debatte um den sozialen Stellenwert der Streitkräfte und ihrer Soldatinnen und Soldaten zu bereichern. Zugleich könnten die Befunde der diversen Umfragen noch intensiver in den militärsoziologischen Diskurs zu zivil-militärischen Beziehungen eingebettet werden, liefern sie doch Hinweise, inwiefern Tendenzen der Segregation im Sinne Huntingtons oder der Integration im Sinne von Janowitz bestehen. Dies erscheint angezeigt, da die zivil-militärischen Beziehungen angesichts der derzeitigen sicherheitspolitischen und militärischen Entwicklungen auch künftig politische Brisanz wie wissenschaftliche Relevanz besitzen. Die tief greifenden Veränderungen der westlichen Armeen (vgl. zu dieser Frage auch Sloan 2008; King 2011; Kern/Richter 2014) könnten unterschiedliche, sich eventuell verstärkende Auswirkungen auf ihr Verhältnis zur Gesellschaft haben:

(1) Die erfolgten Restrukturierungen sind als Anpassung an die Entwicklungen in den internationalen Beziehungen und die veränderten und anders akzentuierten sicherheitspolitischen Herausforderungen zu verstehen. Für viele der westlichen Armeen geht dies mit einer stärkeren Orientierung auf den militärischen Einsatz einher, wobei einerseits militärische Missionen im Vergleich zu den Zeiten des Ost-West-Konflikts breiter, diversifizierter und hybrider und andererseits Kampfeinsätze mit Gefallenen und Toten zur Realität geworden sind. In der Folge ist in der Literatur über eine wachsende *casualty shyness* der westlichen Gesellschaften diskutiert worden (vgl. etwa Smith 2005; Levy 2012). Tote aufgrund militärischer Einsätze, gleichviel, ob es sich um Soldaten oder Zivilisten handelt, werden demnach von den westlichen Bevölkerungen nicht mehr ohne Weiteres hingenommen, sodass die Legitimationsanforderungen für Streitkräfte und Einsätze zugenommen haben. Hierzulande ist dies von Herfried Münkler (2007) unter dem Begriff der postheroischen Gesellschaft thematisiert worden.

(2) Die Reformen der westlichen Streitkräfte implizieren ganz überwiegend deren Verkleinerung, was wiederum zu Zusammenlegungen und Schließungen von Standorten und dem Rückzug aus der Fläche führt. Es geht das verloren, was James Burk (2001) die institutionelle Präsenz des Militärs genannt hat: Die Streitkräfte sind in der Lebenswelt der Bevölkerung weniger

präsent; die alltäglichen Begegnungen von Bürgern und Soldaten nehmen ab. Die Armee verschwindet nach und nach aus dem öffentlichen Leben.

(3) Verstärkend kommt in vielen westlichen Staaten das Ende der Wehrpflicht hinzu. Mit ihr geht eine wichtige Vermittlungsinstanz zwischen der zivilen und der militärischen Lebens- und Erfahrungswelt und ein vitales Scharnier zwischen Gesellschaft und Streitkräften verloren. Befürchtet wird in diesem Zusammenhang, dass die Streitkräfte an Personalqualität verlieren. So hat Michael Wolffsohn (2011) mit Blick auf die Bundeswehr bereits die Herausbildung einer Unterschichtenarmee prognostiziert. Es steht die Befürchtung im Raum, dass sich in der Folge weite Teile der Gesellschaft von den Streitkräften entfremden. Damit einhergehend wird kritisch antizipiert, dass bei Freiwilligenarmeen geringere Skrupel hinsichtlich des Einsatzes militärischer Mittel bestehen und die Streitkräfte zu einem willfährigen Instrument der Politik mutieren könnten. In dieser Lesart ist der Einsatz einer Wehrpflichtarmee legitimationsbedürftiger, aufwändiger, schwieriger und mit größeren politischen Risiken verbunden. Zugleich sei die Einsatzrealität in den militärischen Missionen der Gegenwart von dem „Heimatdiskurs“ (Daxner/Neumann 2012) so verschieden, dass die Kommunikation zwischen Streitkräften und Gesellschaft schwieriger werde. Dies könnte wiederum militärische Insularisierungs- und Elitisierungsversuchungen stärken, die in neuerlichen Sui-generis-Debatten (vgl. hierzu Hellmann 2012) und Ritualen (vgl. Euskirchen 2005; Biehl/Kümmel 2014) ihren Niederschlag finden. Die *civil-military gap* wüchse folglich durch gesellschaftliche wie militärische Antriebskräfte gleichermaßen, Soldaten und Bürger entfernten sich voneinander.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist es noch zu früh, zu diesen Befürchtungen ein empirisch begründetes Urteil zu fällen. Die Erfahrungen seit dem Ende der Wehrpflicht und dem Übergang zur Freiwilligenarmee Bundeswehr sind noch zu gering – manifeste Anzeichen für eine ernsthafte Belastung der zivil-militärischen Beziehungen sind bislang jedenfalls nicht zu erkennen. Gleichwohl gilt es insbesondere in der Perspektive von Janowitz einer Integration von Gesellschaft und Militär, die Befürchtungen ernst zu nehmen. Zur wissenschaftlichen Befassung mit dieser Fragestellung böten sich deshalb verstärkt komparative Ansätze an, die die Folgen des Endes der Wehrpflicht international vergleichend untersuchen. Nötig wären militärsoziologische Studien, die den Einfluss der strukturellen Größe ‚Wehrform‘ auf die zivil-militärischen Beziehungen ins Verhältnis zu politischen, sozialen und kulturellen Faktoren setzen. Solche Studien, die den möglichen Veränderungen des Verhältnisses

von Gesellschaft und Streitkräften nachspüren, sie empirisch erfassen sowie konzeptionell und theoretisch einordnen, sind eine lohnende Aufgabe für die künftige militärsoziologische Forschung.